Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummer 10 Pfge. Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme autorisirt: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureaux d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Frankreich. Die Kammer nahm mit 315 gegen 138 Stimmen die Vorlage an, welche die Regierung zur gerichtlichen Verfolgung des Herzogs von Padua wegen doppelter Ausübung des Wahlrechts ermächtigt. Im Laufe der Debatte wurde gegen Cassagnac die Censur verhängt. Challemel nahm definitiv den Londoner Botschafterposten an.

Frankreich. In Parlamentskreisen heißt es, der Minister des Innern hätte dem Ministerrath gestern vorgeschlagen, bei den Kammern die Ertheilung der Amnestie zu beantragen und der Ministerrath hätte nahezu einstimmig zugestimmt.

Belgien. Die „Etoile belge" erklärt die Aufhebung der belgischen Gesandtschaft beim Vatican als vollzogene Thatsache.

Ed. Hirschfeld's
Reitbahn und Tattersall und Pensionsstallungen
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

Nr. 163.

Witterung vom 10. Juni: Barometer nach Osten Grösse, Maxim. 19 (Abds. 7 U.) 760 Mill., seit gestern 2 Millim. gefallen. Thermometergr. n. Reaum.: 19° W., niedr. Temp. 9° W., höchste 28½° W. Süd-Westwind. Gewitterwolken abwechselnd mit heiter.

Aussichten für den 11. Juni: Veränderlich, meist wolkig bis trübe, Gewitterregen.

Freitag, 11. Juni.

Politisches.

Im Publikum wird es als Wohlthat empfunden werden, wenn die täglichen Bulletins über die Lebensaussichten der Kirchendiktatur-Vorlage aufhören. Auch für die den Tages-Ereignissen folgende Journalistik ist es kein Zuckerlecken, allabendlich dem Patienten zur Fieberstunde an den Puls zu fühlen und die Hitzegrade vom Fieberthermometer abzulesen. Denn außer den wirklichen Vorgängen im 21er Ausschusse des Berliner Abgeordnetenhauses ist die Luft noch gefüllt mit allerhand Gerüchten, glaublichen wie abgeschmackten, einfachen Vorläufern der Ereignisse wie absichtlichen Irreführern, Lock- wie Pressionsmitteln auf die verschiedenen Parteien. Die Bezeichnung: Spiegelfechterei der Hölle! trifft ganz und häufig in dem Augenblicke zu, da die Parteien sich zur Hauptschlacht ordnen, jede aber ihre Absichten und Ziele zu maskiren eifrig sich befleißt. Die Regierung versucht das Centrum zu schrecken durch Androhung einer Erweiterung des Sozialistengesetzes auf die Presse, die Vereine und die Organisation der katholischen Kirche; das Centrum wieder verhüllt seine Abneigung gegen das Gesetz durch Betonung seiner friedfertigen Gesinnung und lockt mit der Anknüpfung neuer Unterhandlungen zwischen Cardinal Jacobini und dem deutschen Gesandten in Wien, Prinzen Reuß. Heute scheint es, als bediene sich die Regierung der beiden conservativen Parteien des Abgeordnetenhauses, um dem Gesetze eine ihr zusagende Form zu geben. Die Liberalen würden dann gegen das Gesetz stimmen, aber überstimmt werden. Das Gesetz käme dann in conservativem Zuschnitt zu Stande. Voraussetzung dabei ist immer, daß sich das Centrum der Abstimmung enthält. Es wäre dies nur ein versteckteres Zustimmen, denn wenn das Centrum von der Vorlage nicht größere Vortheile erwartete, als sie Nachtheile in sich schließt, so dürfte es ja nur einfach dagegen stimmen, dann ist eine Mehrheit gegen das Gesetz und die Conservativen vorhanden. Den Hauptstreitpunkt giebt immer die Rückkehr der Bischöfe ab. So lange die Bisthümer verwaist sind, ist der kirchenpolitische Friede nicht da. Erst wenn die Bischöfe wieder regelmäßig amtiren, diese wichtigsten Organe der Papstkirche, kann es überhaupt zur Aufnahme regelmäßiger Beziehungen zwischen Kirche und Staat kommen. Dem Centrum liegt nun daran, die Bischöfe so zurückgeführt zu sehen, daß sie sich nicht vorher den Maigesetzen unterwerfen. Dann ziehen die Bischofsmützen als Sieger ein, unter dem Geläut aller Glocken und Böllerschüssen, unter Baldachinen und über Festteppiche, mit Kreuzen und Fahnen, Kriegervereinen und Festjungfrauen, unter Zulauf einer unermeßlichen Volksmenge. Das Volk versteht Nichts von kirchen- und staatsrechtlichen Subtilitäten, von diplomatischen Feinheiten; es hält sich an Das, was es sieht und ein das Hochamt in seiner Kathedrale celebrirender verbannt gewesener Bischof ist ihm ein leibhaftiger und lebendiger Triumph der Kirche. Für den Staat aber ist es eine Lebensfrage, unter welchen Bedingungen die begnadigten Kirchenfürsten heimkehren. Vom Standpunkte der Staatshoheit und der landesfürstlichen Souveränetät ist es dringend zu wünschen, daß der betreffende Bischofs-Paragraph eine Gestalt erhält, die den Rechten des Staats Nichts vergiebt. Ob dies möglich, müssen die nächsten Tage lehren. Namentlich erwünscht wäre die Annahme des Antrags v. Zedlitz, wornach sich die Bischöfe vor ihrer Rückkehr ausdrücklich zur Anzeige der von ihnen anzustellenden Geistlichen an die Regierung verpflichten müssen.

Zu der Eile, mit welcher Fürst Bismarck den Bundesrath antrieb, die Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein zu beschließen, trug der Eingang der Gegenvorstellung Hamburg wesentlich bei. Die betreffende Denkschrift der alten Hansestadt kam erst nach der Abstimmung der ersten Lesung zur Vertheilung. Hamburg bemühte sich, einige Punkte dieser Denkschrift in der Form von Zusätzen in das betreffende Gesetz zu bringen: nämlich die Zusicherung einer schonungsvollen und coulanten Zollabfertigung an der Elbemündung, ferner das Versprechen der Schonung der Interessen Hamburgs am Transit, endlich die Wahrung des Charakters von Cuxhaven als Nothhafen. Diese Grundsätze entsprechen zwar im Allgemeinen den Wünschen der Bundesregierungen wie dem allgemeinen Wohle und der preußische Finanzminister Bitter gab auch im Bundesrathe eine dies ausdrückende Erklärung ab; aber der Bundesrath erachtete es für nicht erforderlich, diese verständigen Ansichten gerade in die Form von Gesetzesparagraphen zu kleiden. So wurde der preußische Antrag: die Grenze des Zollvereins künftig an der Elbemündung zu ziehen, mit erdrückender Mehrheit, blos gegen die Stimmen der Hansestädte selbst, angenommen. Die hamburgische Gegendenkschrift wird daran Nichts mehr ändern; am Montage findet die zweite Lesung im Bundesrathe statt, dann ist ein fait accompli geschaffen. Die Fortschrittspartei, die durch einen Antrag des Abg. Virchow im preußischen Landtage die Ziehung der neuen Zollgrenze noch rasch durchkreuzen wollte, kommt also zu spät. Vielleicht hat gerade deshalb Fürst Bismarck sich so mit der Durchsetzung seines Plans gesputet, um der Fortschrittspartei zuvorzukommen.

Die Duelle, die in Frankreich an der Tagesordnung sind, fordern einige Worte heraus. Der Zweikampf Rochefort's veranlaßte die „Neue Freie Presse" bereits zu der Bemerkung, daß über den Zweikampf als solchen zwar die Meinungen sehr auseinandergehen, daß aber das politische Duell überall, mit Ausnahme der Franzosen und Ungarn, als Narrethei gilt. Die Menschen nennen den Zweikampf bald einen verbrecherischen Wahnsinn, bald die Blüthe der Ritterlichkeit. Ein und derselbe Mensch ändert seine Ansicht darüber, je nachdem ihn die Ereignisse des Lebens in eine Lage bringen, wo ruhige Vernunft oder Leidenschaft sein Urtheil beherrscht. Aber politische Grundsätze, den Vorzug conservativer oder demokratischer, monarchischer oder republikanischer Ideen durch Degenstiche, Säbelhiebe und Pistolenkugeln beweisen zu wollen, ist ein verwerflicher, baarer Unsinn. Widerlich aber ist der Sport, mit dem unsere heißblütigen Nachbarn, die Franzosen, die Duelle betreiben. Nach deutscher Anschauung halten zwei Männer, die aus einem Ehrenhandel, aus schwerem Familienzerwürfniß keinen anderen Ausweg wissen, als den Waffenentscheid, diesen Austrag geheim. Weder die Polizei, noch viel weniger die Familie, darf vorher nur ein Wort erfahren. Die Franzosen setzen ihre politischen Duelle ganz theatermäßig in Scene. In den Zeitungen werden des Langen und Breiten erst die Ursache des Streites, dann die Herausforderung, hierauf die Namen der Secundanten, endlich Ort und Stunde des Zweikampfes angekündigt. Man erörtert die Wahl der Waffen, meldet die Abreise der Duellanten nach Dingsda, telegraphirt alle Details des Kampfes und das Publikum ist erst befriedigt, wenn es liest: Herr Rochefort ward am Nabel geritzt, er verlor 5 Blutstropfen. Dieses Theatralische, die Reklame und was sonst am Duell drum und dran hängt, ist ganz das charakteristische Marotte des französischen Naturells. Fassen wir Deutsche diese politischen Duelle als eine ungeheuere Lächerlichkeit auf, so treffen wir gewiß das Richtige.

Erfreulich ist der Ausgang der Wahlen in die belgische Kammer. Die Hälfte der Mandate war neu zu besetzen und die Ultramontanen verloren dabei mindestens zwei Sitze. Da die staatsfreundliche Mehrheit der Kammer in Brüssel bisher nur 10 Stimmen zählte, so ist der kleine Stimmenzuwachs nicht gering zu schätzen. Die Klerikalen erwarteten im Voraus schon ihre Niederlage als ziemlich sicher. Ihnen thaten die Enthüllungen des Bischofs Dumont in Tournay großen Schaden. Dieser Kirchenfürst wurde früher, als er gegen den Staat wüthete, von den Liberalen als verrückt erklärt, so tobte er. Der Papst mußte ihn absetzen, wollte er es nicht ganz mit der belgischen Regierung verderben. Er erklärte ihn für geisteskrank. Diese seine Absetzung aber hat den Bischof nun ins feindliche Lager getrieben, er greift seinen bisherigen Beschützer, der ihn verließ, in den stärksten Ausdrücken an. Er bedauert aufrichtig, daß er früher so gegen den belgischen Staat auffässig war. In der That handelt es sich in Belgien darum, den brutalsten Uebergriffen Roms auf die Gebiete der Staatsthätigkeit entgegenzutreten. Durch den Wahlsieg der Liberalen ist die belgische Volksschule vor dem traurigen Schicksale bewahrt worden, die schimpfliche Magd der römischen Kirche zu werden. Die Unruhen, welche aus Anlaß des Wahlsieges in Antwerpen von den unterlegenen Ultramontanen erregt wurden, ändern an jener erfreulichen Thatsache Nichts, sondern zeigen nur die Bedeutsamkeit des Sieges.

James Abraham Garfield, der Präsidentschafts-Candidat der Republikaner in den Vereinigten Staaten, wurde also in Chicago ungefähr auf dieselbe Weise auf den Schild gehoben, wie seiner Zeit einer der edelsten Präsidenten, der schlichte Abraham Lincoln. Ein im Wesentlichen Unbekannter, ein homo novus, wurde entdeckt; da die Anhänger Blaine's nicht hoffen konnten, ihren ursprünglichen Candidaten durchzubringen (die persönliche Eifersucht war zu groß), führten sie unter großen Tumult ein neues Pferd auf den Turf: James Garfield; und da alle Deputirten von Wisconsin und Indiana zu ihm übergingen, überflügelte derselbe sofort den verhaßten Grant. Den Grantianern blieb Nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Ob die Pathenschaft der Anhänger Blaine's dem Garfield zum Vortheile oder zur Ehre gereicht, sei vorläufig unerörtert. Bedenklicher, aber nicht zu vermeiden war es, daß nunmehr auch die Grantianer sich für ihn erklärten, so daß er nun der einmüthig erkorene Candidat der Republikaner ist. Die ganze Partei tritt nunmehr für den 1831 geborenen, im Secessionskriege bis zum Brigadegeneral avancirten Garfield ein. Die Demokraten, die in Cincinnati am 22. Juni ihre Nationalconvention abhalten wollen, werden Mühe haben, ihm einen geeigneten Gegencandidaten gegenüber zu stellen. Als Vicepräsidentschaftscandidat wurde Herr Arthur, der frühere Oberzolleinnehmer im Hafen von New-York, erwählt. Dann löste sich die Convention auf.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 10. Juni. Die Kirchengesetzkommission nahm in zweiter Lesung die Anträge der Konservativen und Freikonservativen an, lehnte aber mit 13 gegen 8 Stimmen die Vorlage überhaupt ab. — Die „Norddeutsche" führt anläßlich dessen Interpellation gegen den Zolleinschluß der Unterelbe gegen Virchow polemisirend aus: Virchow und die Fortschrittspartei ständen außerhalb des monarchischen Systems. — Der Kaiser begiebt sich am 17. Juni nach Ems, im Juli nach Koblenz und Gastein, im August nach der Insel Mainau zum Besuch der badischen Herrschaften und dann zu einem vierzehntägigen Aufenthalt nach Badelsberg.

Montenegro. Der Fürst von Montenegro ist in Podgoritza eingetroffen, um die dort stehenden Truppen zu besichtigen. In Tusi sind mehrere türkische Offiziere angekommen, welche die Absicht haben, in der albanesischen Liga Dienste zu nehmen.

Berliner Börse vom 10. Juni. Die steigende Bewegung von gestern übertrug sich auch auf heute, die Course waren auf allen Gebieten wieder höher. Das Geschäft war sehr umfangreich und namentlich war die Betheiligung von außen, des Privatpublikums, sehr stark, stärker als irgend an einem Tage des Mai wie Juni. Renten und Bahnen waren sehr fest. Tonangebend waren Creditactien, Franzosen und Lombarden. Von Banken hoben sich Dresdner auf 122 und blieben so Geld, während Sächsische ihren gestrigen Briefcours um eine Kleinigkeit herabsetzten. Von Montanwerthen gewannen Laura 1½ Proc.; von Sächs. Industrien betheiligten sich Stickmaschinen, Schönherr und Körner in Chemnitz (1½ Proc.) an der Haussebewegung, während Soldrig und Zimmermann Bruchtheile abgaben.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König unternahm am Mittwoch von Schloß Rehefeld aus einen Ausflug zu Wagen nach Teplitz, um der Stiftsdame Gräfin Fünfkirchen, welche dort im Fürstenbade zur Kur weilt, einen einstündigen Besuch abzustatten. Ihre Maj. die Königin war durch Unwohlsein verhindert, mitzufahren. Die Gräfin Fünfkirchen weilte vor Kurzem in der Villa zu Strehlen zum Besuch unserer Königin, an die sie eine innige Jugendfreundschaft knüpft.

— Der Gouverneur von Metz, General-Lieutenant v. Schwerin, hat das Großkreuz des kgl. sächs. Albrechtsordens, der Direktor der Militair-Knaben-Erziehungs-Anstalt zu Annaburg, Major Burgold und der 1. Offizier vom Platz in Metz, Major Behrendt, das Komthurkreuz desselben Ordens erhalten.

— Zum Nachfolger des Hrn. Amtshauptmann Schäffer in Kamenz ist der Reg.-Rath v. Zezschwitz, z. Z. in Bautzen, ernannt worden. Demselben wird die Leitung der Geschäfte der Amtshauptmannschaft bis zum nächsten Oberlausitzer Provinziallandtage jedoch nur interimistisch übertragen, da den Landständen das Recht der Bestätigung für die Ernennung des neuen Amtshauptmann zusteht.

— Dem Inhaber der Firma „Zeller u. Otto Nachfolger", Hugo Conrad Reinhold hier, ward das Prädikat als herzoglich Sachsen-Coburg und Gotha'scher Hofschneider verliehen.

— Die Stadtverordneten sind in ihrer vorgestrigen öffentlichen Sitzung nach allerdings mehrstündiger Debatte dem Rathsbeschluß: die Anlegung einer Pferdebahn von der Sophienstraße über die Augustusbrücke durch die Hauptstraße bis zum Albertplatz zu genehmigen, mit 34 gegen 19 Stimmen beigetreten. In dem berichtenden Rechts- und Verwaltungsausschuß hatte sich eine Minorität gebildet, die vorschlug, dem Rathsbeschlusse die Zustimmung rundweg zu versagen, und der Referent dieser Minorität, Stadtv. Dr. Rüder, malte zur Begründung dieser Ansicht ein schaudervolles Bild von den auf der Augustusbrücke mit der Pferdebahn drohenden Gefahren. Wenn seine Schilderung und die dazu kommenden Ergänzungen seiner gleich ihm vor dem drohenden Unheil zurückbebenden Collegen, namentlich der Herren Schnorr von Carolsfeld und Voigt, zutreffen könnten, dann dürfte sich die Linie sofort nach ihrer Betriebseröffnung als unmöglich darstellen, denn die Zahl der Ueberfahrenen und der in den Geleisen stecken gebliebenen und zertrümmerten Fuhrwerke würde jeden Augenblick so groß sein, daß eben aller Verkehr aufhören müßte; der Minoritätsvotant sprach es sogar aus, daß er in der Pferdeeisenbahn — wenigstens bezüglich der Brücke — ein „gemeingefährliches Institut" erblickt; diese Kritik ward indessen durch allseitige und energische „Oho's!" und Rufe wie „Das geht zu weit!" ꝛc. sofort zurückgewiesen. So gut es die Herren meinen mögen, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie in ihrer Aengstlichkeit förmliche Unglücksspekulanten werden und ganz übersehen, daß den etwaigen Gefahren, die hier wie allerwärts durch Fuhrwerk — gleichviel welcher Art — drohen, eben recht leicht auszuweichen ist. Wenn dergleichen Bedenklichkeiten von jeher maßgebend gewesen wären, dann wäre nie eine Eisenbahn entstanden und die Botenfrau wäre heute noch die Verkehrsträgerin. Herr Schnorr von Carolsfeld wollte mindestens, wenn die gefährliche Idee doch zur Ausführung kommen sollte, zum Schutze des Publikums in der Innenseite des Trottoirs rechts und links der Brücke Geländer angebracht haben, weil die Entfernung, in welcher die Seitenwand der Waagen am Trottoirrand vorbeigeleitet, nur 24 Ctm. beträgt; sein darauf gestellter Antrag ward indessen mit großer Majorität abgelehnt, dagegen der weitere, den Stadtrath dann um Aufstellung einer neuen, besonderen Fahrordnung für die Brücke zu bitten, angenommen. Den pessimistischen Anschauungen der Sache traten als Optimisten namentlich der Referent der Ausschuß-Majorität, Dr. Chalybäus, sowie Adv. Meyer, Dr. Schumann, von Hebden außerordentlich wirksam entgegen; sie sprachen in treffenden Worten die allgemeine Meinung aus, denn im Publikum haben wir bislang nur Stimmen für die Idee gehört. Sie glauben durchaus nicht an den Ruin des gesammten anderen Fuhrwerks; Dr. Chalybäus beklagt nur die, wie er sie nennt: „alten Klapperkasten" des Omnibusvereins und Dr. Schumann meint unter lauten Zustimmungen des Kollegiums, daß all die geschilderten Gefahren weitaus übertrieben seien und daß man in Zukunft beim Passiren der Brücke, sei es zu Fuß oder in besonderem Geschirr, eben ein wenig aufpassen und sich rasch bewegen müsse, es kann dies in großen verkehrsreichen Städten nicht anders sein und wer es nicht könne, nun, der thäte freilich besser, er zöge in eine kleine, stille Stadt. Das Bedenken des Herrn Schnorr von Carolsfeld, daß der Verkehr auf der Brücke durch die Pferdebahn so eingeengt werden würde, daß man in 10 oder 20 Jahren sicher eine neue Augustusbrücke werde bauen müssen, also jetzt schon bei Anschluß an den Rathsbeschluß eine spätere Last auf die Stadtkasse übernehme, wurde treffend durch Herrn Adv. Meyer mit der Bemerkung widerlegt: dann werde die kommende Generation eben auch etwas zu bauen und zu zahlen haben. Erwähnt sei noch, daß auf Antrag Dr. Albert's — was seit Jahren nicht da war — die Abstimmung durch Namensaufruf vollzogen ward. Gleichzeitig genehmigte das Kollegium auch im Einverständniß mit dem Rathe die Legung der Bahn auf der zwischen dem Plauenschen Platze und der Fallenstraße gelegenen Strecke der Ammonstraße. Dieser Pferdeeisenbahn-Angelegenheit war die Berathung des seit Jahren zeitweilig auf der Tagesordnung erschienenen und vom Stadtrath befürworteten Durchbruchs der Flemmingstraße vorangegangen. Die berichtenden Ausschüsse schlugen Ablehnung der Rathsvorlage wegen zu hoher Preisforderungen und Bedingungen der Abtretenden vor; das Kollegium trat schließlich aber doch dem Stadtrath bei.

— Die kgl. Staatsregierung wendet den Sekundärbahnen lebhaftes Interesse zu. Es ist klar, daß diese Art von Eisenbahnbetrieb von dem bisherigen Betriebs-Schematismus sich wesentlich unterscheiden muß, wenn man wesentliche Ersparnisse einführen will. So wird auf der neuen Linie Pirna-Berggießhübel das gesammte Beamten-Personal der Personenzüge nur aus 3 Mann bestehen; einem Lokomotivführer, einem Heizer, der zugleich als Bremser und Weichensteller zu fungiren hat, und einem Kondukteur. Der zweite dieser Beamten wird z. B. wenn es eine Weiche zu stellen giebt vom Zuge springen, der Zug hält an, der Beamte fungirt an der Weiche und schwingt sich dann auf den langsam fahrenden Zug. Einen Kassirer giebt es auch nicht bei dem Sekundärbetrieb; vielmehr kassirt der Schaffner, wie bei der Pferdebahn, von den Passagieren während der Fahrt das Fahrgeld ein. Zur Kenntnißnahme der sonstigen Betriebseinrichtungen bei Sekundärbahnen wird das k. Finanzministerium demnächst einen höheren Beamten (man nennt den Geh. Finanzrath Ritterstädt) nach der Feldabahn in Thüringen und der Prühlidalbahn in Westphalen entsenden.

— Die jetzt herrschende freundliche Witterung kommt auch der seit Montag den 7. Juni auf dem Uebungsfelde bei Nausslitz arbeitenden Pionnierabtheilung (4. Comp.) zu gute, da selbige nicht wie voriges Jahr fast immer in der 3 Wochen dauernden Uebung mit Regen und in Folge dessen mit unter Wasser gefüllten Gruben, Läufern, Schächten zu kämpfen hatte. Von künftiger Woche an tritt Schichtarbeit ein, jetzt arbeitet die gesammte Mannschaft. — Wegen Betheiligung zweier Compagnien des Pionnierbataillons an den in einigen Wochen beginnenden Pontonnierübungen bei Harburg, zu welchen von 4 Armeecorps die Pontonniere eintreffen, üben jetzt fleißig die Pontonniere hier auf der Elbe.